

Diese Zeitung erhältet
jede Woche Kommentare.
Preis pro Querformat durch
die Post bezogen 1,-
eingetragen in die Post-
abrechnungsliste Nr. 6482.

Anzeigepreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Gehaltsanzeigen die
3 gesetzte Kolonie-Hälfte
durch
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Groletacier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands



Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Gewerkschaften und preußische Landtagswahlreform.

Ein konservativer Landwirtschaftsblöter hat geäußert, der Arbeiter interessiere sich für ein Stück Wurst mehr als für die preußische Wahlrechtsreform. Mit dieser Einschätzung der Intelligenz des „gemeinen Mannes“ dokumentiert sich dieselbe hochmütige Suntergesinnung, wie sie in dem janusköpfigen Diktum: „Vox populi, vox Rindvieh!“ (Eine junkerlich-dreiste Verballhornung des nach Homers Odyssee gebildeten lateinischen Sprichwortes: Vox populi, vox dei = Volkes Stimme, Gottes Stimme) biehstalduftend zum Ausdruck gelommen ist. Allerdings konzentriert sich heute zunächst das unmittelbarste Interesse der karglich versorgten Arbeiterschaft auf die Frage: „Was sollen wir essen?“ — Die hamsternden Selbstversorger und die wucherischen Schieber und Schleichhändler leiden nicht an Unterernährung.

Indessen muß doch selbsterklärend gesagt werden, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung, auch gewerkschaftlich organisierte, die volle staatspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer Demokratisierung des Preußischen Landtags immer noch nicht begriffen haben. Zweifellos hat dazu die von der modernen Arbeiterbewegung unter dem erstickenden Einfluß einer unfruchtbaren Prinzipienreiterei lange geübte Abstinenz gegenüber dem „versauenden Dreiklassenparlament“ reichlich beigetragen. Jahrzehntelang ist es arbeiterseits als eine unbedeutliche Größe betrachtet worden, womit die agrarkonservativen Junker und die ihnen seelenverwandten Industriejuden gern einverstanden waren. Sie haben während ihres Position systematisch bestätigt. Die Fraktion der Agrarkonservativen hat sich seit der 14. Legislaturperiode (1879/82) bis zur gegenwärtigen von 110 auf 148 Mitglieder verstärkt, obgleich gleichzeitig die Bedeutung des „platten Landes“ gegenüber den Städten und Industriebezirken außerordentlich zurückging. In die Fraktionen der freikonservativen und der nationalliberalen Partei sind immer mehr ausgeprägte Vertreter des schärfmacherischen Programms des Zentralverbandes der Industriellen aufgenommen. Das sind jetzt die Hauptsrondeure gegen die Regierungsvorlage, obwohl sie das „Herrenhaus“ als Preßbock gegen die Demokratie ausbauen will. Die Zentrumsfaktion nahm ein paar Arbeiter als Konzessionschulzen auf, die linksliberale Gruppe der Volkspartei tat das nicht einmal. Seit 1908 hat ein kleines Fähnlein Sozialdemokraten Einzug in das Haus an der Prinz-Albrecht-Straße gehalten — „aber was ist das unter so vielen?“ 10 unter 443! Das langt nicht einmal zur Stellung eines selbständigen Antrages, gestattet also kein initiatives Vorgehen. Die Vermögens- und Einkommensentwicklung in Preußen hat die Wahl von unabhängigen Arbeitervertretern zum Landtag immer mehr erschwert, und wenn nun das gleiche Wahlrecht, ohne jede Rücksicht auf Besitz, Einkommen oder sonstige Sondervorteile, nicht zur Anerkennung gelangt, dann werden die Kriegsbeamtemacher die preußische Gesetzgebung am stärksten beherrschen.

Schon die Tatsache, daß der preußische Staatshaushaltsetat mit einer höheren ordentlichen Einnahme rechnet als selbst der Reichshaushaltspunkt — für 1918 sind die ordentlichen preußischen Staatseinnahmen auf 6 538 836 278 M. veranschlagt! — beleuchtet die außerordentliche Bedeutung einer direkten, ihrer Kopfzahl entsprechenden Beteiligung der breiten Volksmassen an der Gesetzgebung und Verwaltung des preußischen Staates. Die Beeinflussung der Reichsgesetzgebung durch Preußen auf dem Wege der stärksten Vertretung im Bundesrat ist im allgemeinen bekannt, wird aber unsres Erachtens von breiten Volkschichten keineswegs hinreichend gewürdigt. Die preußischen Bundesräte werden in ihrem Wirkungsbereich durch nicht mißverständliche Instruktionen der allen volksfürmlichen Reformen abhöhlen Landtagsmehrheit. Das haben die demokratisch gejüngten Volksvertreter im Reichstag bei den wichtigsten gesetzgebenden Aktionen deutlich genug zu spüren bekommen. Ob es sich darum die Ausgestaltung des bürgerlichen Rechts, um das Strafrecht, die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung, nicht zuletzt um das der Gewerkschaften besonders nahegehende Vereins- und Versammlungsrecht handelt, das wurde den durchgreifenden Reformanträgen vom Bundesrat ein hartes „Nein!“ entgegengestellt. Das Preußen der Vater aller dieser Hindernisse war, ist gelegentlich selbst regierungsetätig eingestanden worden. Alles, was wir im Reiche und Städte an ausnahmegelehrten Maßregeln und ihnen unverwandten Verordnungen erlebt haben und noch erdulden müssen, hand und findet im Preußischen Landtag seinen Ausgangspunkt und seine Stütze. Die „echten Preußen“ haben nicht vor ungefähr aus ihrer Sympathie mit den „echten Russen“ kein Heft gemacht.

Darum sind gerade die Gewerkschaften aus einer Reihe sehr triftiger Gründe, die im einzelnen noch besonders hervorgehoben werden können, außerordentlich interessiert an einer Demokratisierung des preußischen Landtagswahlrechts. Es sei vornehmlich hervorgehoben, daß der preußische Staat auch ein Unternehmer größten Stiles ist. Auf dem Gebiete des Verkehrswezens steht er mit der Größe seiner Unternehmung sogar an der Spitze in der Welt. Für das Etatjahr 1918 sieht die Eisenbahnverwaltung die Beschäftigung von 419 606 Beamten, Hilfsbedienten und Arbeitern vor, für die an Gehältern, Löhnen usw. die Riesenausgabe von

938 259 Millionen Mark etabliert ist. Nach dem Betriebsbericht für 1916 sind damals allein 235 770 Lohnarbeiter — darunter 39 183 weibliche — beschäftigt gewesen. Zahlreiche Branchen sind darunter vertreten: Mechaniker, Elektrotechniker, Maschinenbauer, Schlosser, Dreher, Schmiede, Holzarbeiter, Ledarbeiter, Maurer, Zimmerer usw. Noch immer sträubt sich die Verwaltung gegen die Einführung mit den Gewerkschaften abgeschlossener Tarifverträge und findet damit natürlich den Beifall der Privatunternehmer im Zentralverband. Dem Ministerium für öffentliche Bauten ist das Bauwesen und die Wasserwirtschaft (Binnenschiffahrtstrassen) unterstellt, es hat darum starken Einfluß auf die Beziehungen der Bauarbeiter und der Mannschaften in der Binnenschiffahrt. Eine Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterorganisationen bei der Regelung in den fraglichen Betrieben ist bisher noch stets unterblieben. Den Tarifgedanken wäre eine sehr breite Bahn gebrochen, wenn sich die staatlichen Verwaltungen dazu verständen, ihn in ihren Betrieben rückhaltlos anzuerkennen. Diese Anerkennung verneigt auch immer noch grundsätzlich die Verwaltung der staatlichen Gruben, Hütten, Salzwerke und Salinen, in deren Anlagen vor dem Kriege schon über 100 000 Arbeiter tätig waren. Der preußische Staat ist auch der größte montan-industrielle Unternehmer Europas, und würde die Beklehrung der fiskalischen Verwaltung zur rückhaltlosen Anerkennung der Gewerkschaften zweifellos der Anfang vom Ende des kraschen Herrenstandpunktes der „schweren“ Zechen-, Eisen- und Stahlindustrien bedeuten. In umfangreichem Maße betätigt sich der preußische Staat ferner als landwirtschaftlicher Unternehmer: Die Zahl der auf den fiskalischen Domänen und in den gleichen Forsten beschäftigten Land- und Forstarbeiter ist auch eine recht bedeutende, bestimmte Angaben werden darüber leider nicht gemacht. Über schon die Mitteilung, daß der Fiskus für das Etatjahr 1918 aus seinen Dominien und Forsten einen Reinertrag von 140,6 Millionen Mark erwartet, 31,9 mehr als im Vorjahr, kennzeichnet auch diese staatliche Verwaltung als eine volkswirtschaftlich sehr wichtige. Hier sei hervorgehoben, daß der Fiskus für 1918 aus seinem Holzverkauf infolge der „steigenden Holzpreise“ (1) eine Einnahme von 175 Millionen Mark plant, noch 31,4 Millionen mehr als 1917; womit der Fiskus eingesetzt, an der ungeheuren Verleuerung des Holzes für Bauten, Möbel usw. kräftig mitzuwirken! Die enorme Erhöhung des eingesetzten Holzgewinnes läßt aber nicht darauf schließen, daß den Land- und Forstarbeitern entsprechend erhöhte Lohnnahmen zufließen sollen. Wie denn überhaupt mit der unwürdigen rechtlichen und sozialen Lage der Land- und Forstarbeiter und vornehmlich des „Gefüdes“ erst aufgeräumt werden wird, wenn die feudale Mehrheit im Dreiklassenparlament mit diesem verschwindet.

Man darf ferner nicht übersehen, und daran sind die Gewerkschaften am unmittelbarsten interessiert, daß die Ausführung der wichtigsten reichsgesetzlichen Arbeiterschutzgesetze den Landeszentralbehörden übertragen sowie diesen die Kontrolle der gewerblichen Betriebe unterstellt ist. Das Thema der preußischen Gewerbeinspektoren ist ein Kapitel für sich und sein erfreuliches für die Arbeiterschaft. Vergleichlich hat das sozialdemokratische Fähnlein im Landtage bei jeder Etatsberatung eine zeitgemäße Reform der amtlichen Gewerbeinspektion durch die Zusicherung von Hilfsinspektoren aus der Arbeiterschaft verlangt. Der preußische Bürokratismus, verstärkt durch die zahlreichen privatkapitalistischen Interessen im Dreiklassenparlament, hat diese gewerbspolizeiliche Reform hartnäckig verweigert, lehnt auch die ausreichende Einstellung von weiblichen Inspektoren ab, obwohl die gewerbliche Frauendarbeit immer größere Dimensionen annahm. Auch gegen die Einführung von Bautenkontrolluren aus den Reihen der Bauarbeiter sträubt sich die Verwaltung der öffentlichen Bauten auf das heftigste. Überall Stagnation, wenn nicht gar Rückgänge auf diesem für unser Volkswohl so eminent wichtigen Gebiete.

Bei dieser Sachlage müssen es die Gewerkschaften als ihre Aufgabe betrachten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden und zur Zeit geeigneten Mitteln den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht für Preußen nachdrücklich zu unterstützen. Hier handelt es sich in der Tat nicht um eine „rein preußische Angelegenheit“, sondern um eine Lebensfrage der Arbeiter Deutschlands! Der „Vater aller Hindernisse“ gerade auf den Gebieten, die unsre Gewerkschaften zunächst angehen, muß verschwinden. Die Regierungsveterer haben sich jetzt entschieden für das gleiche Wahlrecht erklärt. Unsre Gewerkschaften sind berufen, die Junker- und Schatzmeisterkonferenz zu helfen, wenn sie nicht anders will.

H.

Die Organisation der Kriegsbeschädigten.

Für die Kriegsbeschädigten sind in Deutschland schon eine ganze Reihe von Organisationen gebildet. Sie entstanden zum Teil unabhängig voneinander und ohne höhere Grundlage. Lediglich als Zusammensetzung der Kriegsbeschädigten in bestimmten Gebieten des Reiches, wie zum Beispiel der Verein der Kriegsbeschädigten Kiels, Schleswigs und Eiderförders oder wie mehrere Vereine für einzelne Teile im südlichen Deutschland. Neben diesen territorial abgegrenzten Vereinigungen entstanden solche, die ihr

Rekrutierungsgebiet über das ganze Reich erstreckten oder doch erstrecken wollten. So der Hamburger Bund deutscher Kriegsbeschädigter, der Verein der Kriegsbeschädigten mit dem Sitz in Essen und der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer mit dem Sitz in Berlin. Die Gründer und Leiter der zuletzt genannten Vereinigung stehen an führenden Stellen in der modernen Arbeiterbewegung; gleichwohl ist die Vereinigung selbst durchaus unabhängig. Sie wurde gegründet, obwohl oder auch weil eine Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften es ablehnte, eine Vereinigung der Kriegsbeschädigten ins Leben zu rufen. Die Gewerkschaften haben auch später nicht versucht, den Bund unter ihren Einfluß zu bringen. Vielmehr hat erst am 25. März d. J. eine Vorstandskonferenz nahezu einstimmig folgenden Besluß gefaßt:

„Die Konferenz sieht keinen Anlaß, zu dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in befürwortendem oder ablehnendem Sinne Stellung zu nehmen. Gegen die Förderung des Bundes durch Gewerkschaftsunionen besteht keine Bedenken. Eine Verpflichtung in dieser Hinsicht kann jedoch niemand auferlegt werden. Die Entsendung einer Delegation zu dem einberufenen Bundestag wird der Generalkommission anheimgestellt.“

Der im Schlußjahr erwähnte Bundestag hat Anfang April in Weimar stattgefunden. Er sollte endgültig das Programm und die Satzung des Bundes festlegen und fernerhin versuchen, durch Verschmelzung mit andern Verbänden von Kriegsbeschädigten eine große Einheitsorganisation zu schaffen. Diese Aufgabe ist in den zweitägigen Verhandlungen gelöst worden.

Beischlag war der Bundestag von 166 Delegierten, darunter 156 Kriegsbeschädigten aus allen Teilen des Reiches, von Königberg bis Friedrichshafen. Außerdem waren 16 Vertreter befreundeter Kriegsbeschädigtenvereine, insbesondere des Hamburger Bundes deutscher Kriegsbeschädigter, des Vereins der Kriegsbeschädigten Kiels, Schleswigs und Eiderförders und mehreren süddeutschen Kriegsbeschädigtenbünden vertreten.

Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften wünschte Stadtrat Sassebach (Berlin) der Arbeit des Bundes besten Erfolg. Die Gewerkschaften brachten dem Organisationsbedürfnis der Kriegsbeschädigten, die ja größtenteils ihre Mitglieder seien, volles Verständnis entgegen. Die Gewerkschaften seien lebhaft für die Interessen der Kriegsbeschädigten eingetreten und hätten dafür im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Gleichwohl würden sie gern mit der Organisation der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer zusammenarbeiten, und sie hofften, daß dieses Zusammenarbeiten nicht nur mit einer, sondern mit allen Organisationsgruppen der Arbeiter und Angestellten gelingen werde.

Über die Entwicklung des Bundes berichtete sodann H.emann (Berlin). Die Zahl der Kriegsbeschädigten werde nach diesem Weltkrieg so groß sein, daß ihre Eingliederung in das wirtschaftliche Leben eine nationale Notwendigkeit ersten Ranges werde. Der Kriegsbeschädigte bedürfe dazu der Hilfe der Gelehrten im weitesten Umfange, insbesondere durch die Rentengewährung, den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte und den Schutz vor Überanstrengung und Ausbeutung. Die Hilfsbedürftigkeit und wirtschaftliche Schwäche der Kriegsbeschädigten darf nicht zu einer Minderung der staatsbürgерlichen Rechte gegenüber denen führen, die durch den Krieg wirtschaftlich noch stärker geworden seien als vorher. Wer für das Vaterland gekämpft hat, darf im Staat nicht weniger gelten als der Kriegsgewinner. Zur Erfüllung dieser Auflagen sei eine Organisation unerlässlich. Der Bund müsse neben den Kriegsbeschädigten auch die Kriegsinvaliden umfassen. Die im Felde bewährte Kameradschaft werde nicht dadurch aufgehoben, daß der eine verhumpelt, der andre äußerlich unverkehrt geblieben. Die Kriegsteilnehmer würden auch verhindern, daß der Gesichtskreis des Bundes sich auf die Rentenfrage verenge und daß er ein Klientelentum großtäte. Parteipolitisches und religiöses muß der Bund vollkommen neutral sein. Kein Mitglied dürfe gefragt werden, welcher Partei oder welchen Glaubens er sei. Keiner Partei dürfe der Bund dienstbar werden; aber er müsse freudig mit allen Parteien zusammenarbeiten, die seine Ziele fördern.

Im Anschluß an dieses Referat berichtete Nitschke (Hamburg) über die Entwicklung und die Ausbauungsweise des Bundes deutscher Kriegsbeschädigter. Sitz Hamburg. Nitschke (Wia) referierte über das sozialpolitische Programm des Bundes und Krüger (Magdeburg) über die Staatsbürgereid und die Fortbildung an der Kriegsakademie.

An dieses Referat stellte sich eine umfangreiche Debatte, welche die Frage der Neutralität, die Beteiligung der Kriegsteilnehmer an dem Stunde und die besondern staatsbürgerschen Forderungen der Bundesmitglieder mit umfaßt. Vom Hamburger Stunde, dem Kleinen Verein und zahlreichen Delegierten aus Süddeutschland wurde die Forderung vertreten, daß der Stunde hauptsächlich auf die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten beschränkt und eine dementsprechende Erledigung der Resolution Davidsohn zur Begründung der Einigung gemacht; die Kriegsteilnehmer, die nicht Kriegsbeschädigte seien, hätten danach im Stunde nichts zu tun. Demgegenüber erklärten die Redner des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, daß der Stunde möglich die Missionen deutscher Krieger ansiehten könne, denen

jeht das Verbundetenabzeichen verliehen werde. Die Erfahrungen des Bundes und sein Erfolg rechtfertigen die Zusammenfassung der erwerbsbeschränkt gebliebenen und der wieder voll erwerbstätig gewordenen Kriegsteilnehmer.

Wiederholte drohten die Einigungsverhandlungen an diesen Meinungsverschiedenheiten zu scheitern. Schließlich erklärten sich aber sämtliche Vertreter der widerprechenden Minderheit mit der Aufnahme der Kriegsteilnehmer einverstanden. Einstimmig wurde der Name des Bundes festgesetzt: *K e i g s b u n d d e r K r i e g s b e s c h ä d i g t e n u n d e h e m a l i g e n K r i e g s t e i l n e h m e r*. Ergeben sich nicht noch unvorhergesehene Widerstände, so dürfte damit ein erheblicher Teil der bisher in verschiedenen kleineren Organisationen zerstreuten Kriegsbeschädigten in eine große Vereinigung zusammengefaßt sein.

Unberührt von diesem Streben nach Zusammenfassung bleibt der sogenannte *E s s e n e r Verein*. Diese Organisation der Kriegsbeschädigten ist gegründet oder wird doch begünstigt von wirtschaftlichen und politischen Organisationen, die zu der Arbeiterschaftsbewegung im schärfsten Gegensatz stehen. Er soll gewissermaßen eine Ergänzung der *g e l b e n W e r k t e r e i n e* darstellen, jedenfalls über den Interessen der Reaktionäre aller Schattierung dienen. Wie für die gelben Gewerkschaften hat sich auch für die Essener Kriegsbeschädigten-Vereine ein Förderungsausschuß gebildet, dem u. a. Großadmiral v. Tirpitz (Vaterlandsparthei), Großadmiral v. Höpker (Flottentreue), Generalleutnant Reim (Wehrverein), Freiherr v. Wangenheim und Rittmeister v. Derchen (Bund der Landwirte), Graf v. Arnim, Fürst Salm und Vertreter der großindustriellen Werke, insbesondere der Siemens-Schuckert-Werke, der Pflegestätte der Gelben, und der Hamburg-Amerika-Linie (Dr. Siegfried Heschler) angehören. Dieser Förderungsausschuß verfolgt den ähnlichen Plan, einen ganz Deutschland umfassenden "Wirtschaftsverband Kriegsbeschädigter und ehemaliger Kriegsteilnehmer" zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Mit diesem Plan wird zugleich eine Rettungskasse für ein Berliner Winkelorgan, *D a s p r a k t i s c h e Blatt, unabhängige Zeitung für das s d e u t s c h e Volk*, unternommen. Es wird ganz offen zugugeben, daß es sich um eine Gründung gegen den Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer handelt, dem vorgeworfen wird, daß er sozialdemokratische Tendenzen pflege und die werktätige Bevölkerung mit internationalen Phrasen irreführe, halslos und verzagt mache, "um uns dadurch um den Preis des siegreichen Erdkampfes zu bringen". Die dreiviertel Million Kriegsbeschädigte hätte im Schüttengrab ein andrer Geist erfaßt, als ihn die Kriegservere ne früher pflegten.

Die Sozialdemokratie wolle durch den Bund der Kriegsbeschädigten "das zahlenmäßige Nebengewicht über (?) die Angestellten und Arbeiter erhalten, das sie bis jetzt noch nicht besitzt, und das hier der Krieger bei deren Heimkehr in Händen haben". Das Schwergewicht unserer Zukunft ruht in der Tat bei dem heimkehrenden Millionenheer unseres Kriegers. Bezeichnend sind besonders die folgenden Sätze:

"Nach Erfahrungnahme mit maßgebenden Kriterien der Industrie und Handelskunst sowie mit den für unsre Bedürfnisse in Frage kommenden Arbeiterschaftsorganisationen soll helfen, den Gelben. (D. R.) soll nun, in eigentlicher Erledigung der Sache dem sozialdemokratischen Brude entgegengetreten werden. Es soll eine Stimme gesprochen werden, die aus der Masse der Gelben einen Gegenstimme entziehen läßt. Der Krieger darf dazu nicht das Gefühl haben, daß er kommuniziert und gefährdet werden soll."

Der Plan der Altdemokraten, Gelben und jüngsten Bolschewiden liegt also klar auf der Hand: man will durch wirtschaftliche Kriege beschädigte Männer, um aus ihnen eine Schutzeinheit gegen die organisierte Arbeiterschaft zu formieren. Sobald man die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer über diese dunklen Pläne aufklärt, werden sie sich schon davor zu hüten wissen. Auch das Schweigen des rechten Lappens gegen den Verlierer Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer wird dann völlig erzieltes Werk. Zumindest ist bemerkenswert, daß derlei Betrachte jetzt jetzt aufzutun sind, so energisch betrieben werden. Die Unternehmer arbeiten eben mit allen Mitteln, um "ein Stimmung zu erzeugen", die ihnen auch nach diesem Kriege die Verfolgung ihrer selbstmächtigen Zwecke ermöglicht. Die Kriegsbeschädigten sind ihnen in diesem Maße nur Mittel zum Zweck, ja nicht mehr. Es ist notwendig, das herauszuholen, um den Kriegsbeschädigten Kämpfer und Kämpferinnen zu ersparen.

200 Aus der Industrie 200

Papier-Industrie 200

Auf dem Wege zum Papiertrust!

Während der letzten Kriegsjahre vollzog sich innerhalb der Papiererzeugungsindustrie ein Entwicklungsschritt, der nicht nur die tolle Zusammenfassung der Papierarbeiter und -arbeiterinnen, sondern auch der Papierarbeiterchaft bedeutet. Nicht nur, daß die Gruppe der vertriebenen Kriegerinnen, die sich vor dem Kriege etwas auf das heimliche beschäftigen und ihre Betriebe durch Schaffungskräfte aufzuhalten versuchten, sich zu Verbandsgruppen zusammengesetzt, dienten und Zusammenschlüsse schufen, auch daß in der letzten Zeit auch das Betriebsteamster, die gesamte Papiererzeugungsindustrie organisatorisch auf zusammengebracht wurde.

Schon vor dem Kriege befanden verschiedene Preisvereinigungen und -verbänden, wie die gegenwärtige Konferenz, auf dem Papiermarkt angesiedelt. Diese Vereinigungen übernahmen später teilweise an der Fortsetzung der Nachfrage unserer Papierindustrien, die sich nach einer starken Einschränkung ihrer Exporte im Ausland mit anderen Märkten über die Grenzen des Deutschen Staates zu stellen. Zu einer neuzeitlichen Vereinigung, hinter der die Papierarbeiterinnen gebauten, die durch die Errichtung ihres Deutschen Reichs einen wichtigen Maßstab auf dem Weltmarkt bildeten, gegen den die vorzeitig geschaffenen Kriegerinnen erstaunlich nicht ankommen vermochten. Aus diesem Grund gehörten die Papierarbeiterinnen vor dem Kriege auch zu den reichsweit besteten der Papiererzeugungsindustrie. Trotzdem konnten sich die Gewerkschaften der jüngsten Papierindustrien nur schwach etablieren, da die Gewerkschaften ihrer Kollegen vom Deutschen Reichsamt zu folgen schienen, es an Predigern des Spitals-

gedankens auch in den übrigen Teilen der Papiererzeugungsindustrie nicht fehlte, die in der Unternehmerpresse ihre Kollegen immer wieder aufforderten, den Druckpapierfabrikanten nachzuweisen.

Eine Wandlung der Gesinnung der Papierfabrikanten trat erst während des Krieges zutage. Langsam mauserten sich auch die Papierfabrikanten zu der Einsicht durch, daß ihre Interessen am besten in engeren Vereinigungen gewahrt werden könnten. Ganz unschuldig an diesem Gesinnungsumschwung ist wahrscheinlich auch die deutsche Regierung nicht, die durch die Errichtung der verschiedenen Kriegsgesellschaften dem Unternehmertum mit "gutem Beispiel" voranging und außerdem selbst die Unternehmer zur Errichtung von Interessentenorganisationen drängte.

Als bedeutendste Interessentengruppe trat die Vereinigung der Spinnpapierfabrikanten auf den Wirtschaftsmarkt, die in den neu gegründeten Syndikaten der Papiergarnfabrikanten bald "freie Bundesgenossen" fand zur taktkräftigen Schöpfung von Staat und Privatabnehmern. Allzuviel Freude dürfte allerdings der Staat an diesen "Kriegsbindern" nicht erlebt haben, denn kaum zur Macht gelangt, fühlten sie sich schon stark genug, den regierungseitig mit allen Mitteln gehüteten "Durchhaltedankten" beiseite zu schieben, um ihre Forderungen unter der Drohung der Produktions einschränkung durchzudrücken.

Das Beispiel der Spinnpapierfabrikanten wirkte anregend auch auf die übrigen Papiererzeuger, so daß nach und nach fast alle bedeutenden Gruppen der Papiererzeugungsindustrie den Weg zu Konventionen, Syndikaten, kurzum zu organisierten Interessentengruppen fanden. Um den verschiedensten Interessentengruppen eine einheitliche Vertretung zu ermöglichen, wurde der "Kriegsausschuß für das deutsche Papierjahr" ins Leben gerufen, dem auch die Papierverarbeiter sich anschlossen. Lange blieb jedoch diese Interessenvertretung der gesamten Papierindustrie nicht lebensfähig, da sie den Interessen der Papierfabrikanten zu schlecht entsprach. So mußte denn der Kriegsausschuß am 25. Mai 1918 seine Auflösung beschließen, weil der Kriegsausschuß — lediglich um die Weiterleitung der Papierverarbeitung in einer neuen Kriegsorganisation unmöglich zu machen — von den Papiermätern "unvermutet gesprengt" wurde. Die Papierfabrikanten haben darauf den "Papiermacher-Kriegsausschuß" aus der Taufe, während sich die Papierverarbeiter ebenfalls zu einer einheitlichen Interessenvertretung zusammenschlossen.

Die Erfolge dieses neuen "Papiermacher-Kriegsausschusses" machen sich denn auch recht bald zugunsten der Papierfabrikanten bemerkbar und lösen eine derartige Erbitterung auf der Gegenseite aus, daß den Papierfabrikanten längere Zeit von ihren Abnehmern, den Papierverarbeitern, recht wenig schmeichelhaft Worte, wie "Landesverräter", "Papierpreiswucherer" usw., an den Kopf geworfen wurden. Daran haben sich allerdings die Papierfabrikanten recht wenig gestört. Die Haupttache war ihnen, daß sich mit Hilfe ihrer Organisation ihre Geldbeutel füllten. Und sie füllten sich bis zum Faden. Noch nie ist der deutschen Papiererzeugungsindustrie ein Goldregen in solchem Maße in die Arme geprallt wie in den letzten Kriegsjahren. Der Pleitegeier, der vor dem Kriege über Leuhenden von Papierfabrikten schwerte, ist vom kapitalistischen Horizont der Papierfabrikanten verschwunden und hat dem Hamster Platz machen müssen, der nun Gewinne aufhäuft, die die Ergebnisse der Friedensjahre weit in den Schatten stellen.

In diesem System haben die Papierfabrikanten einen derartigen Gefallen gefunden, daß sie eifrig bemüht sind, dasselbe immer weiter auszubauen und für die kommende Friedenszeit zu erhalten. Die ehemaligen Organisationsfeinde sind Organisationsfreunde geworden. Allerdings nicht Freunde der Arbeiterorganisationen. Diese hassen sie in ihrer Mehrzahl noch viel stärker als vor dem Kriege, weil ja die Arbeiterorganisationen nicht zur Verstärkung des Unternehmerprofits beitragen, sondern im Gegenteil versuchen, von den Unternehmern gewinnen einen möglichst großen Anteil für die Arbeiter abzuschneiden. Trotzdem bleiben die Unternehmer Organisationsfreunde, und diese Organisationsfreunde föhlen bald keine Grenzen mehr. Sie droht im Gegenteil zu einer Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben einzutreten. Langsam, aber sicher drängen die Organisationsmäter der deutschen Papiererzeugungsindustrie diese auf den Weg des Trustes. Erst in den letzten Tagen haben sich die Unternehmer ein neues Organisationsgefüge, den "Zentralausschuß der Papier-, Pappe-, Zellstoff- und Holzpapiereinführung", geschaffen, der die gesamten papiererzeugenden Industrien umfaßt und sich vorläufig mit allen Maßnahmen auf dem Gebiete der behördlichen Verordnungen, der Zoll- und Handelspolitik, der Ein- und Ausfuhr, des Steuerwesens, des Verkehrs-, Finanz- und Tarifwesens, der Sozialpolitik, der Arbeiter- und Lohnfragen sowie im übrigen Bereich der allgemeinen Gesetzgebung beschäftigt. Soweit nicht besondere Ursachen eine Ausnahme erfordern, ist die Schaffung von Preßtagen im "Zentralausschuß" grundlegend angebracht. Diese bleibt dem Gesamtausschuß der Vertreter der Papierindustrie und dem Verein deutscher Druckpapierfabrikanten.

Bedeutung ist die Regelung der Preisfrage noch grundsätzlich im "Zentralausschuß" ausgegeschlossen. Damit ist allerdings gar nicht aufzulegen, daß der "Zentralausschuß" eines Tages eine ganz starke Macht über den Haushalt wirkt, um die Vertretung der Papierarbeiter in der Preisfrage unmöglich zu machen, der "Gefarlausshaus" der Käthe der Papierindustrie" einfach "unvermutet sprengt" und damit eine Neuauflage aus der Zeit des "Kriegsausschusses" aus dem Jahre 1916 herbeiführt. Dazu werden allerdings die Papierarbeiter übermals eine Schimpfanade ausführen und vielleicht sogar etwas schärfere Töne in Anwendung bringen, aber wahrscheinlich doch nicht verhindern können, daß sich die Papiererzeugungsindustrien eine Macht des amerikanischen Trustsystems geschaffen haben, durch das dann nicht nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Betriebspraxis diktieren werden.

Zur die Arbeiterchaft ist die Vertretung ihrer Lohn- und Arbeitsfragen durch die Gründung des "Zentralausschusses" bereit in die Wege geleitet. Wenn auch in der jetzigen Zeit die Folgen dieses Zusammenchlusses der Unternehmer nicht voll zum Ausdruck kommen, so dürfte mit Beendigung des Krieges darin eine für die Arbeiterchaft nicht blosdere günstige Änderung erwartet. Auf jeden Fall kann die Papierarbeiterchaft damit rechnen, daß sie nach dem Kriege bei fertiggestellten Verhältnissen nicht mehr mit dem einzelnen Unternehmer oder einer Betriebsgruppe zu rechnen hat, sondern die Macht

des gesamten organisierten Unternehmertums zu führen bekommen kann. Die Wahrscheinlichkeit liegt sehr nahe, daß in Zukunft die Lohnbewegungen in der Papierindustrie sich nicht mehr in dem engen Rahmen als vor dem Kriege abspielen, sondern, daß die Papierarbeiter, ebenso wie ihre Kollegen aus der Holz-, Metall-, Textilindustrie usw. schon vor dem Kriege, in Zukunft mit geschlossenen Abwehrmaßnahmen der Unternehmer zu rechnen haben, die sehr wohl zu Aussperrungen im Reiche führen können. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gelehrt, daß bei derartigen Maßnahmen die Unorganisierten ebenso unter die Räder kommen wie ihre organisierten Mitarbeiter und daß sie dabei mehr Not zu leiden haben als die organisierten Arbeiter, weil ihnen keine Gewerkschaftsorganisation hessend zur Seite steht. Möge ihnen das eine Warnung sein und sie veranlassen, sich recht bald im Verband der Fabrikarbeiter einen Rückhalt gegen die Streitungen der Unternehmer zu sichern.

Weitere Zusammenschlüsse in der Papierindustrie.

Die oben näher geschilderte Vertrübung der Unternehmerorganisationen hat ihre Vorläufer in keinerem Maße in dem Zusammenschluß einzelner Betriebe gefunden. So hat z. B. die Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Aschaffenburg schon vor dem Kriege ihren Einfluß dadurch zu erweitern versucht, daß sie außenstehende Fabriken auf gekauft oder sich an solchen finanziell beteiligt hat, um auf diese Weise einen ausschlaggebenden Einfluß auszuüben. Die gleichen Männer haben in ausreichendem Maße die Zellstofffabrik Waldhof und verschiedene andere gut fundierte Gesellschaften gemacht. Erst in neuerer Zeit verfügt die Papierfabrik Reichshof A.-G. in Düsseldorf wieder ihren Einfluß auf andre Unternehmen geltend zu machen. Diese Firma, die schon zur Friedenszeit es verstanden hatte, sich die Papierfabriken Flensburg, Uetersen und Kiel (Leptore) hat sich von den Reichsholzlinien wieder getrennt anzugliedern, macht während der Kriegszeit wieder bedeutende Anstrengungen, selbst gut rentierende Werke in ihre Arme zu schließen. Am 15. Dezember 1917 hat Reichshof erst die Rheinische Aktiengesellschaft für Papierfabrikation durch Austausch der Aktien an sich gebracht, und schon wieder melzen die Handelszeitungen, daß die Papierfabrik Reichshof mit der A.-G. Ruhrwerke in Unserberg i. W. in Verschmelzungsvorbereitung, selbst gut rentierende Werke mit zu den rentabelsten Betrieben der Papierfabrikation und haben in den letzten Jahren Dividenden in der Höhe von 11 bis 15 Prozent zur Ausschüttung gebracht. Reichshof hat sich bereits erklärt, die Dividendencheine der Ruhrwerke für das laufende Jahr mit 20 Prozent einzulösen und für jede Ruhrwerke-Aktie eine Reichshofaktie zum vollen Werte einzutauschen. Aus diesem Ruhrhandel geht deutlich hervor, daß es sich bei den Ruhrwerken um ein gut rentables Unternehmen handelt, das von den Reichsholzlinien für würdig angesehen wird, zum vollen Werte übernommen zu werden.

Durch derartige Verschmelzungen wird die Macht der Unternehmer immer mehr gestärkt und der Einfluß der Arbeiterschaft bedeutend geschwächt. Ganz abgesehen davon, daß die so konzentrierten Werke auch auf die Preisgestaltung des Papiermarktes einen bedeutenden Einfluß ausüben werden. So sehen wir denn in der gesamten Papierindustrie Verschmelzungsvorhaben der einzelnen Werke sowohl als auch der verschiedenen Interessenorganisationen der Unternehmer aus dem Wege zum Papiertrust planmäßig und eifrigmarschiert. Diesen Streben der Unternehmer kann und darf die Papierarbeiter nicht gleichgültig gegenüberstehen, wenn sie in der Zukunft nicht jeden Einfluß auf die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse einzufüßen, wenn sie nicht noch mehr als bisher unter die Fuchtel einer rücksichtslosen kapitalistischen Herrlichkeit geraten will, der der gute Besund ihres Geldsackes höher steht als das Wohlergehen ihrer Arbeiterschaft, ihrer Abnehmer, wie überhaupt das Gesamtinteresse des deutschen Volkes. Da gibt es keinen andern Weg als den der Selbsthilfe. Die Papierarbeiterchaft muß deshalb bestrebt sein, durch den Ausbau ihrer Gewerkschaftsorganisation, durch die ständige, unermüdliche Werbung neuer Betriebsmitglieder dem organisierten Unternehmertum die organisierte Macht der Arbeiter gegenüber zu stellen. Nur wenn es gelingt, den vorwärtsstreben Trustmagnaten in der Papierindustrie den Trust der Arbeit entgegen zu stemmen, wird es möglich sein, jetzt und nach dem Kriege die Lebenslage der deutschen Papierarbeiterchaft zu heben.

G. St.

Unfälle in Papierfabriken.

In der Papierfabrik in Hodendorf (S.-A.) verunglückte der jugendliche Arbeiter Hans Erler, indem er der Transmissions zu nahe kam, vom Riemer erschlagen wurde und mit gebrochenem Genick sowie mit Kopfquetschungen liegen blieb. Der Tod trat sofort ein.

Bei der Firma Hoch u. Ko., Sulfitzsulfatfabrik in Pirna, verunglückte der Kochmeister Ernst Gundmann. Er war sofort tot.

Keramische Industrie

Die Regierungshilfe für die Ziegelindestrie.

Wie es scheint, hat sich die Regierung nunmehr doch entschlossen, den nördlichen Ziegelindestrie in irgendeiner Form Hilfe zu bringen. Wie auf der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Tonindustrieller, die am 26. Februar in Berlin stattfand, vom Vorsitzenden mitgeteilt wurde, haben die zuständigen Stellen in einer Befreiung einige Tage vor Stattfinden der Hauptversammlung erklärt, daß für Neubauten und Erweiterungen von Ziegeln die Ziegelsteine einzuführen werden sollen. Nur wenn es gelingt, den vorwärtsstreben Trustmagnaten in der Ziegelindestrie den Trust der Arbeit entgegen zu stemmen, wird es möglich sein, jetzt und nach dem Kriege die Lebenslage der deutschen Ziegelerbeiter zu heben.

Die Möglichkeit dieser Meldung vorausgesetzt, wäre demnach eine Maßnahme in Aussicht genommen, wie sie ähnlich für die Zementindustrie getroffen wurde. Dort hat sie sich — vom Standpunkte der Zementfabrikanten gesehen — durchaus bewährt. Die Unternehmer haben sich, nachdem ihnen die Konkurrenz gefestlich vom Halse gehalten wird, auch ohne Zwang zusammengefunden, und je verstehen es durchaus, die geschaffene Lage für sich zu nutzen. Den Ziegelseitern würde das allerdings schwieriger werden, weil sie sehr viel zahlreicher sind, aber gelingen könnte es ihnen doch.

Die Arbeiterschaft der Ziegelindestrie wird unseres Wissens zu den Vorberatungen nicht zugezogen. Diese Übergehnung der Arbeiterschaft steht zwar durchaus im Einklang mit der bürgerlichen Idee, aber sie steht im Widerspruch zu den Richtlinien, die für sich vom Reichswirtschaftsamt für die Zusammenlegung der Betriebe herausgegeben sind. Darin heißt es, allerdings unter speziellem Hinweis auf die Bäcker, daß den Arbeitern bei allen Zusammenlegungen Gelegenheit geboten werden soll, sich zu äußern und ihre Interessen wahrzunehmen. Gilt dieser an sich eigentlich selbstverständliche Grundsatze nur für die Bäckerarbeiter? Glaubt man im Reichswirtschaftsamt oder an den andern maßgebenden Stellen, die Arbeiterschaft der Ziegelindestrie würde von einschneidenden Änderungen im Gewerbe nicht berührt, oder sieht man voraus, daß diese Arbeiterschaft sich mit jeder Regelung unter allen Umständen absindern müsse? Gedessen ist es bedauerlich und wichtig, daß einer so zahlreichen Arbeiterschaft bei einer so wichtigen Frage nicht Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern und ihre Wünsche vorzubringen. Dabei denken wir, nebenbei bemerkt, nicht an einen Konzessionszulauf, wie er natürlich für die

Margarineindustrie und verspätet für einige andre Industriezweige zugestanden wurde, sondern an eine ausreichende Interessenvertretung, die sowohl der Arbeiterschaft wie den Unternehmen gegenüber ins Gewicht fällt.

Verschiedene Industrien

Ein Geständnis.

In einem Werbauftruf für die 8. Kriegsanleihe schreibt die „Gummitzeitung“:

„Es ist außer Zweifel, daß die meisten Firmen unserer Industrie gleichzeitig sind. Unsre Industrie hat sich zu einem großen Teil der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt ... und hat Lohnende Ausfälle erhalten, so daß die zu Beginn des Krieges gegebenen Befürchtungen eines Zusammenbruches unserer Industrie nicht eingetroffen sind. Umgekehrt haben die meisten Fabriken in den letzten Jahren günstig gearbeitet und konnten ansehnliche Gewinne erzielen, haben also durch den Krieg Vorteile gehabt.“

Es ist immerhin bemerkenswert, daß ein Unternehmerblatt die Tatsache ausdrücklich her vorstellt, daß die Unternehmer durch den Krieg Vorteile gehabt haben. Soviel mußte man sich in der Unternehmerpresse erfreut, den Einbruch zu erwarten, als stellen die Unternehmer ihre Beziehungen mehr im Interesse des bedrohten Vaterlandes als im Interesse des eigenen Gewerbes auf Erzeugnisse für den Heeresbedarf ein. Es wird deshalb bei Gelegenheit an das Eingeständnis der „Gummitzeitung“ zu erinnern sein. Ein ähnliches Geständnis machte übrigens der Aufsichtsratsvorsitzende in der Generalversammlung der Mitteldeutschen Gummiwarenfabrik Louis Peter, A.G., Frankfurt a. M. Er erklärte dort, die Preise seien zustiegen, obwohl die Kosten für Rohstoffe und Löhne weiter gestiegen seien. Wenn aber Unternehmer die Preise als zustiegen bezeichnen, so sind sie sicher so hoch, daß sehr ausgiebige Gewinne dabei herauspringen.

Ein schlechtes Geschäft und ein fetter Vergleich.

Die Dunlop-Gummicompanie in Hanau war vor Kriegsausbruch zur Hauptstelle im Besitz englischer Kapitalisten. Als dann die bekannte Ausländerfeinde einsetzte, wurden auch gegen dieses Unternehmen allerlei Anklagungen erhoben. Dabei nutzte der Unbelehrte den Einbruch zu gewinnen, daß bei dem Vorgerufen gegen das Unternehmen der „Patriotismus“ nur die Maske war für ganz gewöhnlichen Konkurrenzneid. Die Firma hatte jedoch den Erfolg, daß das Unternehmen unter Zwangsverwaltung gestellt und damit die geregelte Fortführung des Betriebes unterbunden wurde. Diese Zwangsverwaltung wurde erst aufgehoben, als die Gesellschaft von den beiden bekannten Fahrrad- und Automobil-Gesellschaften „Dyle“ und „Ader“ erworben wurde. Nunmehr liegt der erste Geschäftsaufschluß unter dem neuen Regiment vor. Er ist für die Erwerber nicht sonderlich erfreulich. Nach 356 750 M. Abschreibungen bleibt ein Verlust von 110 386 M. gegen 845 992 Mark Gewinn im Jahre vorher. Der Verlust ist angeblich eine Folge stark gestiegener Unkosten. Er wird auf neue Rechnung vorgebracht, wohl in der Hoffnung, um nicht zu sagen in der Voraussicht, daß das neue Jahr schon die Besserung bringen wird. Die Aussichten des Unternehmens sind jedenfalls trotz des Verlustes durchaus günstig.

Wie, sagen wir einmal, freilich die Leitung der Dunlop-Gesellschaft trotz ihres nicht günstigen Geschäftsaufschlusses sein kann, zeigte sich natürlich bei einem Streit zwischen dem Direktor des Werkes, Herrn R. Müller, und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft, Herrn Kommerzienrat Kleiner, dem Hauptaktionär der Adlerwerke. Im Verlauf dieses Streites war dem Direktor Müller gefündigt worden. Dieser verklagte daraufhin die Gesellschaft vor dem Landgericht. Der Prozeß wurde durch einen Vergleich erledigt, nach dem die Dunlop-Gesellschaft alle Kosten des Rechtsstreites trägt, ihrem früheren Direktor ihr Bedauern ausspricht und — ihm 100 000 M. als Entschädigung zahlte. Einhunderttausend Mark — ein runder Summen, um das ein Arbeiter drei Menschenalter arbeiten müßte.

Die Bayerische Zelluloidwarenfabrik vorm. Albert Wacker in Nürnberg

steigerte im Geschäftsjahr 1917 ihren Bruttogewinn trotz starker Erhöhung der Kosten auf das Doppelte des im Jahre 1916 erzielten, nämlich von 182 162 auf 365 270 M. Die Dividende wird von 8 auf 10 Prozent erhöht. Daneben erhalten die Aktionäre einen sogenannten Bonus, also eine einmalige Gewinnzuweisung von 10 Prozent des Aktienkapitals. Die Ausschüttung beträgt also insgesamt 20 Prozent. Die Aufsichtsratsmitglieder um erhalten außerdem an Tantiemen und Gratifikation 51 955 M. gegen 28 243 M. im Jahre zuvor. Die Abschreibungen werden wesentlich erhöht. Ein Gewinn von 36 238 Mark wird auf neue Rechnung vorgebracht.

Ein Millionenbetrag mit Seife.

Bi der unter dieser Überschrift in Nr. 14 des „Proletariers“ veröffentlichten, aus der Tagespresse übernommenen Notiz wird in der „Konjunkturpolitischen Rundschau“ mitgeteilt, daß nicht für 7, sondern nur „etwas über 1 Million Mark“ Seife verkauft wurde. Die höhere Summe scheint gleichwohl nicht aus der Lust gegriffen zu sein, sondern den schwungsvollen Erlös aus der veruntreuten Seite darzustellen. Die Seife ist nämlich nicht etwa zu dem Höchstpreis verkauft worden, sondern weit höher. Der Erlös wird also über eine Million hinausgehen. Ob er 7 Millionen Mark erreicht, ist gewiß fraglich, aber auch ganz nebenständlich. Das Urteil über die Veruntreuung ist nicht abhängig von der Höhe der veruntreuten Summe.

Eine Erklärung des Kriegsausschusses für Oele und Seife und der Seifen-Herstellungs- und Betriebsgesellschaft beschäigt sich mit der gleichen Notiz. In dieser Erklärung wird mitgeteilt, daß von den schuldigen Personen einer 12 Waggons Seite im Gefronto von „etwa 1 Million Mark“ zu „übermäßig geleisteten Preisen“ verjagt wurden. Ferner wird mitgeteilt, daß der Seifen-Herstellungsgeellschaft finanzielle Verluste nicht entstehen, weil ein Teil der Seife wiederentdeckt würde, für den andern Teil bestätigt in beispielsgemäßem Vertragsobjekt der Verlusten vorhanden ist. In der Erklärung wird zugleich betont, daß die Durchführung der Untersuchung durch die rücksichtlose Mitwirkung der Leitung der Großkonzernsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg wesentlich erleichtert wurde.

Die Leitung der Großkonzernsgesellschaft scheint jedoch noch Wert zu legen auf die Feststellung, daß sich die Veruntreuung nicht in der genossenschaftlichen Erzeugung ereignete, sondern bei der Erstellung eines Auftrags einer Kriegsgeellschaft. Auch soll die Seife nicht auf K.-A.-Seife, sondern auf Seife für technische Zwecke umgearbeitet worden sein. Wir teilen das hier mit, obwohl der eigentliche Sachverhalt dadurch nur wenig beeinflußt wird. Uns lag, bei der Biedergabe der Notiz nur daran, zu zeigen, wie eine kaum begründete Kriegsgeellschaft von gesetzten Geschäftsführern übers Ohr gehauen wird, wo und wie sich die Quellen präzisieren, aus denen der Schlechthandel schöpft, wie sicher die Moral wird, wenn Kriegsgewinne waten. Daß die Vorgänge sich in einem genossenschaftlichen Betriebe abspielen, ist ein bedauerlicher Fall, sonst nichts. Es hat uns selbstverständlich ganz fern gelegen, der Genossenschaftsbewegung auch nur einen Bruchteil der Schuld an den vorliegenden Aufzubürden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Keine Einigung im Leipziger Gewerkschaftsrecht.

Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei hat bekanntlich in Leipzig auch zu einer Spaltung des Gewerkschaftsverbandes geführt. Eine Anzahl Organisationen sind aus dem Kartell ausgetreten, und im Oktober vorherigen Jahres gründeten die Zahlstellen der Apotheker, Handlungsgesellen, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Säumer, Steinmetze, Tabakarbeiter und Schuh der ein besonderes „unabhängiges“ Kartell. Dieser Streit führte die Generalkommission zu schließen. Auf ihre Veranlassung

sind am 25. und 26. November v. F. Verhandlungen statt, an welchen die Ortsverwaltungen der genannten Verbände, der Ausschuß des Leipziger Gewerkschaftsverbandes und drei Mitglieder der Generalkommission teilnahmen. Die Verhandlungen führten zu einem einstimmigen Besluß, nach welchem die ausgetretenen Gewerkschaften nach dem Januar 1918 stattfindenden Neuwahlen dem alten Kartell wieder beitreten, worauf die Kommissionen des Kartells neu gewählt werden sollten.

Die Erwartung, daß dieser Besluß zur Wiedervereinigung des Kartells führen würde, hat sich nicht erfüllt. Nach einem in der Konferenz am 26. November gefassten Besluß sollte in einer besonderen Versammlung der gewerkschaftlichen Vertreter unter Teilnahme von Vertretern der Generalkommission die Politik der Generalkommission während der Kriegszeit exortiert werden. Zu dieser Versammlung, die am 17. März stattfand, hat der Kartellausschuß den Verband der Handlungsgesellen nicht eingeladen. Diese hatten nämlich, entgegen der getroffenen Vereinbarung, ihren Wiedereintritt in das Kartell davon abhängig gemacht, daß „im Gewerkschaftskartell mit der bisher betriebenen Politik der Generalkommission endgültig gebrochen“ werden müsse. Ferner war verlangt worden: „Für alle wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aufgaben ist das Einverständnis mit den in frage kommenden Faktoren der gesamten Arbeiterbewegung herzustellen.“ Mit ihrem Wiedereintritt wollten sie warten, „bis eine dementsprechende Änderung im Leipziger Gewerkschaftskartell eingetreten ist“, das heißt also, bis die getroffenen Bedingungen erfüllt sind. Diese Bedingungen hat das Kartell als unvereinbar mit den einstimmigen Vereinbarungen über die Wiedervereinigung der Leipziger Gewerkschaften vom 26. November abgelehnt und betont, daß es auch mit der gewerkschaftlichen Selbstständigkeit und der politischen Neutralität unvereinbar sei, in gewerkschaftlichen und Kartellangelegenheiten außerhalb der Gewerkschaften und des Kartells stehenden Personen und Körperschaften irgendwie Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

Nachdem die Handlungsgesellen so deutlich zu erkennen gegeben hatten, daß sie den Wiedereintritt ins Kartell zu den vereinbarten Bedingungen ablehnen, wurde von ihrer Einladung zu der Versammlung am 17. März abgesehen. Die übrigen ausgetretenen Gewerkschaften erklärten sich mit den Handlungsgesellen solidarisch und blieben der Versammlung gleichfalls fern. Zu dieser waren, der Verabredung gemäß, zwei Vertreter der Generalkommission erschienen. Da die von ihnen gehaltenen Vorträge knüpften sich eine lebhafte Aussprache. In der Frage des Wiedereintritts konnte aber bei der Sache kein Besluß gefaßt werden. Für absehbare Zeit ist also die Wiedervereinigung des Leipziger Gewerkschaftskartells verhindert.

Das Tarifamt der Buchdrucker zum Massenstreik.

An dem Ende Januar stattgehabten Massenstreik hat sich in Berlin auch eine größere Zahl von Buchdruckern beteiligt. Darauf hat eine Anzahl der hektischen Unternehmer Klage beim Tarifamt erhoben und beantragt, die am Streik beteiligt Gewesenen wegen Tarifbruch in Verbindung mit Kontraktbruch zu verurteilen.

Das Urteil des Tarifamts lautete:

„Die beklagten Gehilfen haben mit der gemeinsamen Arbeitsniederlegung sich des Kontraktbruches schuldig gemacht.“ In den Entscheidungsgrundlagen heißt es u. a.: „Au den auf Freu und Glauben aufgebauten Grundsätzen der Tarifgemeinschaft gehört unbestritten auch der Wille der Tarifparteien, während der Gültigkeitsdauer des Tarifs Streiks (und Ausprägungen) vollständig auszuschließen. Ob eine Arbeitsniederlegung (Streik) aus parteipolitischen Gründen erfolgt ist, vermag an der Tatsache des begangenen Kontraktbruches nichts zu ändern. Wollte man bilden Rechtsgrundlage bei dem zur Entscheidung stehenden Konflikt nicht annehmen, dann würden Tarifverträge auch dem Arbeiter keinen Schutz mehr gewähren können, falls die Arbeitgeber ebenfalls aus parteipolitischen Gründen eine Ausperrung der Arbeiter vornehmen würden. Daß die Möglichkeit zu einer solchen Maßnahme im andern Lager nicht ausgeschlossen ist, wird von Seiten der Beklagten nicht bestritten werden können. Im Buchdruckergewerbe ist eine solche Ausperrung nach Überzeugung des Tarifamts während der Gültigkeitsdauer des Tarifs aber bestimmt nicht zu erwarten, sondern muß als ausgeschlossen gelten, und deshalb hatten auch die Gehilfen die Pflicht, unter Berufung auf ihre tarifliche Ordnung die Teilnahme an einem solchen parteipolitischen Streik zu unterlassen. Das Tarifamt aber kann seine Entscheidung nur treffen nach dem obersten Grundsatz unserer Tarifgemeinschaft, und der geht zweifellos dahin, daß in unseren Schiedsinstanzen ohne Anfechtung der Person nur Recht zu sprechen ist.“

Das Tarifamt hat den Arbeitgebern jedoch jedoch empfohlen, „von der Forderung einer Kontraktbruchstrafe abzusehen und mit der Entscheidung des Tarifamts den im Interesse des gewerblichen Friedens, der allgemeinen Tariftathe und nicht zuletzt der Arbeiterschaft tief bedauerlichen und schwer zu verurteilenden Vorfall als gefügt und erledigt zu betrachten“.

Jahresbericht des Gaues 14

(Sitz Köln a. Rh.)

Wenn wir im vorigen Jahresbericht darüber klagen müßten, daß es im Gau nicht vornmals gehen wollte, so können wir diesmal erfreulicherweise das Gegenteil berichten — es ging vornmals! Die Mitgliederschaft im Gau ist von 1918 am Anfang auf 5775 am Ende des Jahres gestiegen, das ist eine Zunahme von 3797 Mitgliedern oder 192,3 Prozent. Gewiß ein erfreulicher Fortschritt; haben wir doch damit die höchste Mitgliederschaft, die der Gau im Frieden jemals gehabt hat (1. Quartal 1914 = 5574 Mitglieder), um 201 übergeschritten. Wenn man allerdings auf der anderen Seite die ungeheure Zahl der für unseren Verband zuständigen Arbeiter und Arbeiterinnen im Gau betrachtet, so kann auch dieser Fortschritt noch lange nicht befriedigen. Besonders auffallend ist die ungeheure Zunahme der Mitglieder. Es wurden 10 597 Neuauftakten gemacht, 129 reisten zu und 175 kamen vom Militär zurück; die Zunahme beträgt aber nur 3397, also 7104 sind wieder verloren gegangen. Davon reisten 2852 ab, 457 wurden zum Militär eingezogen und 3795 sind ausgetreten oder müssen gestrichen werden. Das beträgt 3000 Mitglieder abreisen, trotz des Hilfsdienstgesetzes und der hierdurch eingeschränkten Freizeitmöglichkeit, hat vorwiegend keinen Grund darin, daß aus den Sprengstofffabriken ein sehr großer Arbeiterwechsel herrscht. Die Arbeitsbedingungen sowie die ganzen Lebensbedingungen dieser Arbeiter sind trotz der „hohen“ Löhne meistens so miserabel, daß die Arbeiter austreiken wie Schafleider. Diese Werke sind pranghaft vergnügt worden, neue Betriebe sind wie die Pilze aus der Erde gehauen, und das Bestehe aller geht in erster Linie dahin, recht hohe Gewinne zu erzielen und die Konkurrenzunternehmen auszunützen. Daß die Arbeiterschaft, die doch in erster Linie zur Erzeugung der Produkte und zur Erzielung der riesigen Dividenden notwendig ist, dabei auch Ansprüche an das Leben stellt, das will den Herren Sprengstoffdirektoren meist nicht in den Kopf. Auf diesbezüglichen Vorhalt kann man vor diesen Herren, die alle noch keinen Schäftsgraben in natura gelesen haben, sehr oft die Antwort hören: „Draußen im Schüttengraben ist es noch viel schwämmen“, „die Leute sollen froh sein, daß sie nicht draußen sind“ usw. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß in diesen Betrieben ein lebhafter Arbeiterwechsel herrscht und auch die Mitglieder häufig wieder abreisen.

Den Lohnanteil an dem Aufschwung hat die Rohstoffe Köln zu verzeichnen. Von 900 am Anfang des Jahres stieg sie auf 1255 Mitglieder, das ist eine Zunahme von 1943 oder 215 Prozent. Damit hat Köln über die Hälfte des Mitglieder gewinne allein erzielt und ist über den Friedensstand hinweggekommen. Mit Ausnahme von sechs Zahlstellen haben alle einen Bruchteil zu verzeichnen. Vier Zahlstellen wurden neu gegründet und eine wieder eröffnet. Von den neu gegründeten ging eine (Bottrop) wieder ein, weil der Kaiser einen Posten niedergelegt, ohne eine Rücksicht davon zu machen, und die Mitglieder zehn Wochen lang nicht lohnend wurden.

Die Beitragsleistung war im Durchschnitt befriedigend. Es wurden 237 552 Marken umgesetzt, das macht pro Kopf 59,61. Aber auch hier hat Köln den größten Anteil, es kamen dort pro Kopf 76,51 heraus, während andre Zahlstellen noch immer weit unter dem notwendigen Durchschnitt blieben. Fünf Zahlstellen hatten sogar unter 20 Marken umgesetzt; es sind das Eisen mit 39, Recklinghausen mit 37, Hörning mit 36, M.-Gladbach mit 35 und Andernach sogar mit 29

Marken pro Kopf und Jahr. Unter 48 Marken, also pro Quartal 12 Marken, blieben zwölf Zahlstellen. Hier muß im nächsten Jahre unter allen Umständen Besserung eintreten.

Für die Hauptstasse wurden für Eintritte 5228 M. und für Marken 89 130,65 M. eingenommen. Davon wurden für Erwerbstlosenunterstützung 12 382,10 M. und für andre Unterstützungen zusammen 3250,25 M., für die Weihnachtsgabe 1644 M. ausgezahlt und 60 652,35 M. an die Hauptstasse eingekauft. Der Bestand der Totalstassen stieg von 7576,84 M. auf 29 029,24 M.

Die Agitationssarbeit war selbstverständlich eine sehr rege. Sie wurde durch das Hilfsdienstgesetz erleichtert. Während vorher jedes Versammlungslieben unterbunden war, belamen wir nunmehr die Erlaubnis zu Versammlungen, weil die Mithilfe der Gewerkschaften für das Hilfsdienstgesetz dringend notwendig war. Es muß hierbei ausdrücklich konstatiert werden, daß die Militärbehörden hierbei viel lohaler und entgegenkommender vorgingen als die Zivilbehörden. Das Gouvernement in Köln und das Generalkommando in Koblenz erließen glatt die Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen, während die Polizeibehörden ihren alten Brauch, die Gewerkschaften nach Möglichkeit zu stützen, noch immer nicht lassen konnten. In Koblenz ist kein Lustal zu haben, weil alle Säle mit Militär oder Arbeitern belegt sind; anstandslos erließ der Gouverneur von Köln deswegen die Erlaubnis, eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. In Bottrop dagegen wurde am 6. Juli eine Mitgliederversammlung zum 13. Juli angemeldet; diese konnte aber nicht stattfinden, weil bis dahin die Bescheinigung nicht vorhanden war. Der Amtmann von Bottrop verhinderte die Versammlung, trotzdem er wußte, daß sie richtig angemeldet war. Auf die Beschwerde beim Landrat erklärte dieser, daß der Antrag zu spät eingelassen sei, und verlangte, daß alle derartigen Anträge acht Tage vorher in seinen Händen sein müßten. Eine Beschwerde auf dieses unberücksichtigte Verlangen wurde nicht eingelegt, weil die Zahlstellen mittlerweile eingegangen war.

Die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen hatten überall da, wo wir noch rechtzeitig eingreifen konnten, für uns sehr gute Folge. Versweise wurde der Ausschuß ganz durch organisierte Arbeiter besetzt, trotz der Gegenagitation der Unternehmer und ihrer Söldner. Nur da sind die Organisationen ausgeschaltet worden, wo die Arbeiter von den Unternehmern überrumpt wurden und wir zu spät kamen. Um nur ein Beispiel anzugeben: Bei Bayreuth in Oberfranken wurden alle Werkvereine mobil gemacht, die Presse wurde zu Hilfe genommen, alle möglichen Belehrungsmittel wurden versucht, und das Resultat der Wahl war, daß nur ein einziger Gelber in „Ausflug kam“. Herr Duisberg, der bisher keinen Organisierten in seinem Betriebe duldet, wird sich nun — höchstwahrscheinlich — doch mit organisierten Arbeitern an einen Verhandlungstisch setzen. Vielleicht berichtigt er dabei sein Urteil über die organisierten Arbeiter.

Bei der Maßregelung mißliebiger Arbeiter finden die Unternehmer leider bei der Militärverwaltung manches Ungegenkommen. Stellmacher-Arbeiter, die jahrelang unabkömlich waren und im Interesse der nationalen Arbeit sogar aus dem Schüttengraben reklamiert waren, wurden nun plötzlich abkömlich, wenn sie es wagten, für ihre Interessen oder gar für die Interessen ihrer Mitarbeiter einzutreten. Sie wurden einfach freigegeben und eingezogen. Bei Belehrungen hielt es dann immer, die Betreffenden seien aus militärischen Gründen eingezogen. Hierdurch wurde unsre Agitation bei den relativierten Arbeitern, und dadurch natürlich auch bei den andern, sehr erschwert. Besonders taten sich hierbei die Herren Hauptleute hervor, die zur Überwachung der Produktion in die Fabriken abkommandiert waren, aber im Interesse der betreffenden Firmen auch die Arbeiterschaft überwachten, trotzdem sie zweifellos dazu nicht bestimmt waren. Es wird im Frieden über die Tätigkeit dieser Herren noch so manches Wort zu sagen sein und so manches ans Tageslicht kommen, was zur Zeit nicht an die Öffentlichkeit gezogen werden kann.

Dass bei der Agitation auch Misserfolge zu verzeichnen sind, ist wohl nicht zu verwundern. In Trier erhebt sich in der Feste befindet sich ein Kultmarkt, das der Stoffdrüsengärtnerei Knapsack gehört, aber an einen Pächter aus dem Aachener Bezirk vergeben ist. Dort arbeiten 24 Männer, von denen 23 reklamiert sind. Es sind das ausließlich Bewohner aus dem Umgegend, die noch nie auf dem Kultmarkt gearbeitet haben und nun dort tätig sind, weil sie dadurch reklamiert wurden und nicht in den Krieg zu ziehen brauchen. Die Löhne sind natürlich sehr niedrig, denn der Pächter ist an und für sich schon gewohnt, für ein Trüngeld arbeiten zu lassen, und nun nutzt er die Abhängigkeit der Leute doppelt aus.

Als diese mehr Lohn verlangen, lehnt er das ab, und nun fanden sie den Weg zum Verband. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wagten sie beim Schüttengraben in Trier, und dieser sprach ihnen die geforderten 10 Pf. pro Stunde sofort zu. Der Pächter nahm zwar den Schiedspruch an, aber sofort nach seiner Rückkehr aus Trier erklärte er den Arbeitern, wer bis zum Sonnabend nicht aus dem Verbande raus sei, der werde sofort freigegeben. Um dem noch etwas Nachdruck zu verleihen, wurde der angebliche Kabelsünder entlassen, was das zog. Die Leute nahmen die 10 Pf. Lohnherhöhung und traten aus dem Verbande wieder aus. — In Hallisch lag i. d. Feste wurde 1915 eine Sprengstofffabrik errichtet, in der bis zu 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Es dürfte wohl jetzt schwer sein, in ganz Deutschland noch einen Betrieb zu finden, wo die Arbeits- und Wohnverhältnisse der Arbeiter so traurig sind wie hier. Auf eine Beschwerde an das Generalkommando in Koblenz erklärte der Leiter, Dr. Esser, daß es ja tatsächlich bei einem Betrieb zu unterscheiden ist, ob er sich in der Generalversammlung erkenntlich macht. Beide sprach er das ab, und nun f

